

Beschlussauszug

Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22.01.2026

Anlass:	Sitzung
Zeit:	15:04 - 17:25
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Ö 4.1	Kita-Kompass Angebotsübersicht zum Kindergartenjahr 2025/2026	25-28020
--------------	--	-----------------

Beschlussart:

Herr Albinus erläutert, dass der Kita-Kompass in der vorherigen Sitzung bereits ausführlich für den Bereich Kita behandelt wurde. In dieser Sitzung liegt der Schwerpunkt daher auf der Schulkindbetreuung, insbesondere vor dem Hintergrund des in diesem Jahr geltenden Rechtsanspruchs.

Ergänzend geht Herr Albinus auf eine von Eltern erstellte statistische Auswertung zu Ausfallzeiten in Braunschweiger Kitas sowie auf ein Schreiben einer Mutter ein. Er führt aus, dass die zugrunde liegende Stichprobe sehr klein ist und daher nur eingeschränkt aussagekräftig ist; ein Abgleich mit städtischen Daten zeigt teilweise abweichende Ergebnisse. Bezüglich der konkret benannten Kita besteht aus seiner Sicht weiterer Klärungsbedarf. Ein gemeinsames Gespräch mit der Mutter, dem Träger und ggf. der Einrichtungsleitung wird angekündigt.

Eine vertiefende Behandlung erfolgt in dieser Sitzung nicht; eine kurze mündliche Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen wird in Aussicht gestellt.

Er erläutert auf Nachfrage, dass gegenüber der Stadt von den Trägern keine Berichtspflicht besteht. Die Fachaufsicht über Kitas liege beim Regionalen Landesamt für Schule und Bildung; dorthin seien Ausfälle zu melden, wenn absehbar bestimmte Grenzen überschritten werden. Das Jugendamt werde darüber nicht informiert.

Es wird angeregt, die Ausfallzeiten in der Kindertagesbetreuung aus Sicht des Jugendhilfeausschusses systematischer zu betrachten. Der Erfahrungsbericht einer Mutter wird als Ausdruck der Elternperspektive hervorgehoben; die genannten Zahlen zu Notdiensten und Betreuungsausfällen werden als potenziell problematisch eingeordnet.

Herr Albinus führt aus, dass zunächst das Gespräch mit der Mutter und dem Träger geführt wird. Eine Untersuchung durch die Verwaltung selbst hält er wegen der Trägerrolle der Stadt für nicht sinnvoll; eine externe Prüfung etwa durch eine Hochschule erscheint geeigneter. Eine kurzfristige Umsetzung sei derzeit nicht realistisch. Er sagt zu, externe Möglichkeiten zu sondieren und dem Ausschuss zu berichten.

Herr Swalve bittet darum, die Versorgungssituation in einzelnen Stadtteilen im Hinblick auf den

Fachkräftemangel besonders im Blick zu behalten

Frau Lampe berichtet zur Schulkindbetreuung, dass die Nachfrage weiterhin steigt und 2024 bereits über 8.500 Kinder erreicht werden. Der Versorgungsgrad liegt damit bei über 70 %, jedoch noch unter 80 %.

Sie erläutert die aktuelle Platzverteilung und weist darauf hin, dass das bestehende Ausbauprogramm bis 2026 läuft und noch rund 200 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Vor dem Hintergrund des kommenden Rechtsanspruchs werden derzeit die bestehenden Betreuungsstrukturen überprüft und neue Konzepte, insbesondere für Ganztagsmodelle, entwickelt.

Sie berichtet von überwiegend konstruktiven Gesprächen mit Schulen, Schulleitungen, Trägern und dem Regionalen Landesamt, mit dem Ziel, in den Schuljahren 2027 bis 2029 den Großteil der Schulen in den Ganzttag zu überführen. Trotz infrastruktureller Herausforderungen sieht sie die Stadt insgesamt auf einem guten Weg, den Rechtsanspruch umsetzen zu können.